Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 421

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.56, vierteljährlich Mk. 22.68 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7.301, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 23. September

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3,00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 9280. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Oberschlesien in Gefahr!

Der neue Polenputsch beginnt

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Breslau, 22. September.

Wie bekannt, hatten die Polen in Oberschlesien einen neuen Aufstand geplant, der am 18. September beginnen sollte. Durch die Enthüllungen über die polnische geheime Kampforganisation ist der Ausbruch des neuen Aufstandes verzögert worden. Dies wird durch den Inhalt vorgefundener Befehle bestätigt, die in den letzten Tagen durch das polnische Oberkommando in Sosnowiece ausgegeben worden sind. Danach wird die verschobene Aktion nunmehr **in der Nacht von 22. zum 23. September vor sich gehen.** Als Parole für diese erste Nacht ist das Wort „Sieg", für den 23. September ist die Parole „Haller" ausgegeben worden. Auch **diesmal wird der Aufstand in den oberschlesischen Kreisen, wie das erste Mal, seinen Ausgang nehmen.**

Protest gegen den Raub von Eupen und Malmedy

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

w. Berlin, 22. September.

Das preußische Staatsministerium hat heute beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, beim Völkerbund gegen die Angliederung der Kreise Eupen und Malmedy an Belgien, im Hinblick auf die hierbei begangene Verletzung des Artikels 34 des Versailler Friedensvertrages, rechtlich Verwahrung einzulegen.

Millerands Kandidatur gesichert

528 von 813 Stimmen für Millerand

w. Paris, 22. September.

In der heutigen Vorabstimmung entfielen von 813 abgegebenen Stimmen auf Millerand 528, auf den Senatspräsidenten Bourgeois 113, auf den Kammerpräsidenten Peret 167. Die übrigen Stimmen waren zersplittert, bzw. waren weiße Zettel abgegeben worden. Millerand ist damit alleiniger Kandidat für die Präsidentschaft.

*

Die Pariser Blätter sind der Meinung, daß Millerands Wahl am Donnerstag nachmittag mit großer Majorität erfolgen werde, da sich die Hauptgruppen der Kammer auf Millerand geeinigt hätten. Ein Gegenkandidat würde nicht aufgestellt werden. Die Gegner Millerands seien lediglich die Sozialisten und die Anhänger Clemenceaus. Wie verlautet, ist der Entschluß Millerands, die Kandidatur für die Präsidentschaft anzunehmen, auf Veranlassung Briands erfolgt, der Millerand vorstellte, daß er als Präsident der Republik politisch weit nützlichere Arbeit werde leisten können als auf dem so wenig festen Posten eines Ministerpräsidenten. Er machte auch die Gefahren geltend, denen der republikanische Gedanke ausgesetzt sei, wenn zahlreiche Kandidaturen aufgestellt würden, wobei man gerade nur den Gegnern der Republik und den Extremisten in die Hände arbeiten würde. Die Kandidatur Millerands würde die fast vollständige Unterstützung des Parlaments und der Gesamtheit des Landes besitzen. Barthou schloß sich diesen Ansichten Briands an. Barthou willigte ein, daß keine andere republikanische Kandidatur aufgestellt würde.

Falls Poincaré Ministerpräsident wird, gedenkt er das Kabinett aus mehreren ehemaligen Ministerpräsidenten, wie Barthou und Doumergue, zusammenzusetzen. Briand würde dann das Ministerium des Innern übernehmen.

In den radikal-sozialistischen Kreisen herrscht Unzufriedenheit mit Millerand wegen seiner rücksichtslosen Haltung, und deshalb beabsichtigt man eine Kundgebung für Bourgeois. Eine von dieser Gruppe an ihn entsandte Abordnung ließ Bourgeois jedoch nicht vor. Die Sozialisten haben beschlossen, für Lebas oder für Buisson zu stimmen. Im Senat hat die von Jonnart geleitete Gruppe der republikanischen Union die Kandidatur Millerands angenommen, sich aber gegen eine Revision der Verfassung ausgesprochen. Die demokratische Linke unter Führung Doumergues sprach sich mit großer Mehrheit gegen die Absicht Millerands aus, als Präsident eine persönliche Politik zu treiben.

Ministerpräsident Millerand empfing gestern abend eine Anzahl Senatoren, die von ihm bezüglich seiner Erklärungen die Versicherung haben wollten, daß diese Erklärungen über die Revision der Verfassung keine Aenderung der inneren Politik darstellten. Millerand erklärte, daß er die Aenderung gewisser Artikel der Verfassung für notwendig erachte, aber er habe immer im Auge behalten, daß diese Revision nicht eher stattfinden könne, bis die Lösung der großen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme erfolgt sei. Es sei nicht sein Ziel, die Autorität des Präsidenten der Republik zu vergrößern.

Hardings Programm

h. London, 22. September.

Der New-Yorker Berichterstatter der „Morning Post" hatte eine Unterredung mit Senator Harding. Dieser erklärte u. a.: Der Krieg hat Englands Macht und Einfluß riesig vergrößert und seine Herrschaft ausgedehnt. Ich sage nicht, daß England dies durch unrechtmäßige Mittel erreichte oder etwas getan hätte, was es hätte unterlassen müssen. Es hat schwere Opfer gebracht. Doch mit Rücksicht auf alles andere hat England zuviel verlangt, als es den Wunsch äußerte, Amerika möge die Vormundschaft über Armenien übernehmen. Das ist ein Beispiel für die englische Geschicklichkeit, seine eigenen Interessen wahrzunehmen. England hoffte so, die Bürde von seinen Schultern auf die Amerikas abzuwälzen. Es wäre ein großer Fehler Amerikas gewesen, wenn es die Vormundschaft über Armenien angenommen hätte, da Amerika dort keine politischen Interessen hat. Harding erklärt dann weiter, er wünsche **keine Militärbündnisse mit Europa zu schließen,** das amerikanische Volk sei diesem Gedanken völlig abgeneigt. Er prophezeit weiter einen scharfen Kampf zwischen England und den Vereinigten Staaten wegen des Handels in Südamerika. Amerika sei der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten und nicht England dort die führende Rolle spielen müßten. Denn Südamerika liege in der Einflußsphäre Amerikas und keineswegs in der Englands. Weiter erklärte Harding, daß er, falls er gewählt würde, mitwirken werde, das Abkommen über den Panamakanal zugunsten der amerikanischen Schiffe zu ändern. Jetzt müßten auf Grund eines von Wilson angeregten Beschlusses die amerikanischen Schiffe die gleichen Zölle zahlen wie die ausländischen. Der Kanal sei aber nicht aus Wohltätigkeitsgründen der Welt gegenüber gebaut, sondern in erster Linie zur Förderung des Handels und zur Verteidigung der Vereinigten Staaten.

Die Saargrenzkommission

w. Berlin, 22. September.

Die Reichsregierung hat das Gesuch des deutschen Mitgliedes der Grenzkommission für das Saargebiet, Oberstleutnants von Zylander, um Enthebung von seiner Stellung genehmigt und zu seinem Nachfolger den Landrat Schwebel in Meisenheim, zunächst kommissarisch, ernannt.

Wie bekannt, hatte Oberstleutnant von Zylander im Mai, entsprechend seiner Instruktion, in einer Sitzung der Grenzkommission erklärt, daß er sich an einer Abstimmung, die die Abänderung der im Friedensvertrag als Nordwestgrenze des Saargebiets festgelegten Verwaltungsgrenze zum Gegenstand hatte, nicht beteiligen könnte, da der Friedensvertrag derartige Aenderungen nicht zulasse. Diese Stellungnahme des Oberstleutnants von Zylander hatte zu einem Konflikt geführt. Der Kommissionsvorsitzende hatte erklärt, da Oberstleutnant von Zylander nicht abstimme, müsse die Kommission beim Botschafterrat die Entsendung eines anderen deutschen Kommissars beantragen, der sich an der Abstimmung beteilige. Ein solcher Antrag wurde sodann in der Tat gestellt, doch wurde er mit verschiedenen Vorwürfen, die die Kommission gegen das persönliche Verhalten des Oberstleutnants von Zylander erheben zu können glaubte, begründet. Die Reichsregierung hat dem Botschafterrat alsbald erwidert, daß sie die gegen das sachliche und persönliche Verhalten ihres Kommissars erhobenen Vorwürfe nach genauer Prüfung des Sachverhalts nicht als berechtigt anerkennen könne, und hat deshalb um Zurücknahme des Antrages auf Ablösung des deutschen Kommissars gebeten. Da jedoch, Oberstleutnant von Zylander selbst der Ansicht ist, daß ihm nach der Behandlung, die er von den übrigen Mitgliedern der Grenzkommission erfahren habe, ein ersprießliches Weiterarbeiten mit ihnen nicht möglich sein werde, hat die Reichsregierung seiner Bitte um Enthebung von seiner Stellung stattgegeben. Sie hat ihm bei dieser Gelegenheit den wärmsten Dank und die vollste Anerkennung für den hingebungsvollen unermüdlichen Eifer, mit dem er das ihm übertragene schwierige Amt ständig verwaltet hat, ausgesprochen. Wie wir hören, ist dem Oberstleutnant von Zylander der Charakter als Oberst verliehen worden.

Frankreichs Stellung in der Entente

Der Triumph Polens ist zugleich der Triumph Frankreichs, dessen „Barrieren"-Staat im Osten nicht überrannt worden ist, das mit seinen Offizieren Polen geholfen hat, das strikt an seiner antibolschewistischen Haltung festhält und sogar mitten in der Krise die Regierung Wrangels anerkannte. Im Gegensatz zu England betonte Frankreich, daß es mit der Sowjetregierung nicht paktieren wolle. Der Effekt der polnisch-französischen Siege war denn auch, daß Lloyd George seine wochenlang betriebene Politik auf einen Abschluß mit Moskau ganz herumwarf und sich mit Giolitti in Luzern auf Millerands Auffassung einigte. So wurde der Ausgang der Ostkrise auch zum Triumph Frankreichs innerhalb der Entente. Auch in Aix-les-Bains, wo sich Millerand und Giolitti getroffen haben, hat man sich dahin geeinigt, die Moskauer Regierung förmlich nicht anzuerkennen, freilich mit dem Vorbehalt Italiens, einen Handelsverkehr mit Rußland doch anzubahnen, genau wie das England versucht.

Die Rußlandpolitik Lloyd Georges hat Kamenew dem Stockholmer Vertreter der „Frankfurter Zeitung" (16. September) gegenüber nach unserem Gefühl sehr richtig dahin charakterisiert, daß sie „eine grundsatzlose Politik sei, die je nach den Erfolgen oder Mißerfolgen der Bolschewiki hin- und herschwankt". Es gibt nicht die einheitliche und zielklare Ostpolitik Englands, die, wie man sich in Deutschland vorstellt, auf die dauernde Zerstückelung und Schwächung Rußlands ausginge, sondern es gibt verschiedene einander bekämpfende Strömungen der Ostpolitik und einen Ministerpräsidenten, der opportunistisch-taktisch diese außenpolitische Frage auf ihre innerpolitische Wirkung ansieht und behandelt und sich damit diesmal eine empfindliche Niederlage gegenüber Frankreich zugezogen hat. Es gibt aber eine konsequente und klare Ostpolitik Frankreichs, die traditionelle Rußlandpolitik Ribot-Delcassé-Poincaré, die ein antideutsches, mit Frankreich verbundenes konsolidiertes Rußland will, die unbedingt antibolschewistisch ist und die zudem ein starkes und unabhängiges Polen zwischen Rußland und Deutschland erhalten will. Ob damit auf die Dauer realpolitisch zu vereinigende Ziele verfolgt werden, bleibe heute dahingestellt, heute hat Frankreich den Vorzug, eine bestimmte Ostpolitik zu machen.

Frankreich hat diesen Vorzug überhaupt vor seinen Bundesgenossen voraus. Gar nicht abgelenkt durch afrikanische, sehr wenig abgelenkt durch vorderasiatische Fragen, verfolgt es mit festem und klarem Willen seine Politik, Deutschland zur Erfüllung des Friedens zu zwingen, Deutschland niederzuhalten, Deutschland womöglich zu zerstückeln. Mit dieser Politik ist es dem englischen und dem italienischen Bundesgenossen, die beide durch ihre Interessen in viel mehr und verschiedenartige Richtungen gezogen werden, überlegen. Weil Frankreich genau weiß, was es will, hat es in Aix-les-Bains den Ausschub wenigstens der Genfer Konferenz durchgesetzt. Es will nicht die in San Remo angeregte Besprechung mit Deutschland über den Frieden, sondern die Behandlung der Entschädigungsfrage allein durch die Wiedergutmachungskommission. Es hat das Militärabkommen mit Belgien, dem ein politisches und wirtschaftliches folgen sollen und mit dem Belgien seine Neutralitätspolitik endgültig aufgibt, in der zweiten Augustwoche zustande gebracht und damit im Westen den Polen im Osten entsprechenden Vasallen gewonnen. Die Bildung der sogenannten „kleinen" Entente zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien ist freilich nicht im Sinne Frankreichs. Denn diese drei Südoststaaten betonen damit ihren Willen zu einer von der großen Entente selbständigen Politik und sie haben im polnisch-russischen Kriege strenge Neutralität erklärt. Wenn das Hilfeangebot für Polen aus Ungarn überhaupt Bedeutung hatte, so wurde es durch die Haltung der kleinen Entente unmöglich gemacht, von der zum mindesten die Tschechoslowakei und Jugoslawien mit ihren Sympathien bei Rußland sind. Der Gesamtgedanke der Pariser Friedensschlüsse, in Frankreichs Interesse aus allen diesen Nachfolgestaaten die Barriere zwischen Deutschland und Rußland zu bilden, findet bei dieser neuen Bündnisbildung Hindernisse; Frankreichs politisches System ist also im Osten noch nicht abgeschlossen. Ein Vorteil dagegen ist es für es, daß die Vereinigten Staaten, wo der Wahlkampf in vollem Gange ist, sich von Europa so völlig zurückgezogen haben; auch nicht eine leise Erinnerung an Wilsons 14 Punkte oder an den Völkerbund hemmt die französische Politik.

Im Verlaufe der östlichen Krisis hat sich die Entente eher gefestigt und die Stellung Frankreichs in ihr sich verstärkt. Die anderen, namentlich England, sind noch geneigter als bisher, Frankreich freie Hand gegenüber Deutschland zu lassen, um seine Zustimmung in der Balkanhalbinsel und in Vorderasien zu erhalten. So hat die Veränderung des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009231-14/fragment/page=0001

politischen Bildes durch den Umschlag im Osten die deutsche Politik stärker belastet, und daran ändert es nichts, wenn namentlich aus italienischem, oder auch englischem Munde für Deutschland verständnisvoll klingende Worte laut werden. Dieser ganzen Position kann sich Frankreich und Millerand gewiß freuen. Nur wird damit das russische Problem nicht einen Schritt einer wirklichen Lösung im Sinne des europäischen Friedens näher gebracht. Dazu ist die französische Politik schon in bezug auf die polnisch-russischen Friedensverhandlungen ganz unfähig.

Der Kampf um die Stadtgemeinde Groß-Berlin

Preußenparlament

w. Berlin, 22. September.

Zur ersten Beratung stehen Gesetzesanträge von Hergt (Deutschnational), Dr. von Richter (D. Vpt.) und Dr. Faßbender (Ztr.) **auf Aenderung des Gesetzes über die Gründung einer neuen Stadtgemeinde Groß-Berlin.**

Abg. **Lüdicke** (Deutschnat.): Das Gesetz über Groß-Berlin ist nur mit geringer Mehrheit vom Hause angenommen worden. Der Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzes muß hinausgeschoben werden. Bis zum 1. Oktober lassen sich unmöglich alle Vorarbeiten erledigen. Es muß auch vermieden werden, daß die sozialdemokratischen Parteien das Verfahren, das jetzt in der engeren Stadtgemeinde Berlin eingeschlagen wird, wo sie jede Mitarbeit der bürgerlichen Parteien zurückweisen, auf Groß-Berlin ausdehnen. Ein großer Gefahrenkoeffizient kommt hinzu, das ist die Kreditschwäche von Groß-Berlin. Die Zustände von Berlin, wo man auf den Widerspruch der bürgerlichen Parteien bezüglich **der Wahl des Stadtschulrats** keine Rücksicht nimmt, sich aber dem **Machtwort der Straßenbahner** ohne Prüfung beugt, werden auf Preußen und Deutschland nicht ohne böse Rückwirkung bleiben. Die Anträge bedürfen einer gewissen Ausschußberatung.

Abg. **Dr. Leidig** (Z. Vpt.): Die Unabhängigen werden von den Mehrheitssozialisten in einer Weise unterstützt, die sogar das Bedenken sozialistischer Führer erregt. Unter der Gewaltherrschaft der Unabhängigen kann Berlin nicht gedeihen. Wir sind gegen das Gesetz gewesen, jetzt stellen wir uns auf seinem Boden, aber wir geben den Versuch noch nicht auf, ihm wenigstens die gefährlichsten Zähne auszubrechen. Wir wünschen, daß der Magistrat nicht nur als besoldeten, sondern auch aus unbesoldeten Mitgliedern besteht. Wir halten ferner Maßnahmen für notwendig, durch welche den Bezirken Schutz gegen die Parteiwillkür von Berlin geboten wird. Das Inkrafttreten des Gesetzes wünschen wir bis zum 1. Oktober 1921 hinausgeschoben zu sehen.

Abg. **Dr. Faßbender** (Ztr.) führt die Lois von Berlin-Bewegung nicht zum geringsten Teil auf die

Mißstände der Berliner Verwaltung

zurück. Die Wahl des jüdischen Dissidenten Dr. Löwenstein zum Stadtschulrat stößt selbst in jüdischen Kreisen auf lebhaften Widerspruch, ebenso auch in breiten Arbeiterschichten. Wir verlangen Revision des ganzen Gesetzes über Groß-Berlin und empfehlen dazu Bildung eines neuen parlamentarischen Ausschusses von 29 Mitgliedern.

Abg. **Heilmann** (Soz.) bittet, die Anträge abzulehnen, da es sich hier um Gelegenheits-Gesetzesmacherei schlimmster Art handele. Auch seine Partei wünsche, daß an die Spitze der Fachressorts die besten Fachmänner treten, ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit und verwerfe entschieden den Machtstandpunkt. Sie treibe keine Sonderpolitik, sondern demokratische Gerechtigkeitspolitik. Wir haben den Unabhängigen vor Augen geführt, wie unklug es ist, die bürgerlichen Parteien aus dem Magistrat auszuschließen, aber die Unabhängigen wollten mit den Rechtsparteien nicht zusammenarbeiten. Wir waren also in der Zwangslage entweder mit den Unabhängigen zusammenzugehen, oder mit den Bürgerlichen. Im letzteren Fall wären die Unabhängigen von jeder Verantwortung befreit gewesen. Das durfte angesichts ihrer Stärke in Berlin keineswegs geschehen. Der Behauptung Preußen und das Reich würden durch die Berliner Vorgänge erschüttert, müsse er widersprechen. Der Ausschußberatung stimme er zu, wolle aber das Gesetz selbst nicht zertrümmern lassen.

Abg. **Dominicus** (Dem.): Aus dem Zugeständnis daß die Sozialdemokraten aus einer Zwangslage heraus gehandelt haben, ergibt sich von selbst, daß für sie nicht Gerechtigkeit und Sachlichkeit das Leitmotiv waren. Dadurch, daß der jetzige Magistrat in alle Bezirks-Vertretungen sozialdemokratische Parteimänner schickt, wird der Wille des Gesetzgebers in sein Gegenteil verkehrt. Redner schließt, indem er sich für den Zentrumsantrag ausspricht, hält dagegen die beiden anderen Anträge für bedenklich.

Abg. **Leid** (U. S.): Die Anträge stellen ein Ausnahmegesetz gegen die Berliner Sozialdemokratie dar. Wir werden mit aller Macht jede Verschlechterung des Gesetzes bekämpfen.

Nachdem Abg. **Hoffmann** (D. Vpt.) nochmals **gegen die Wahl Dr. Löwensteins zum Stadtschulrat Einspruch erhoben** und namentlich die Proteste der Berliner Lehrerschaft begründet hat, werden die Anträge dem Ausschuß für das Groß-Berliner Gesetz überwiesen.

Es folgt die Beratung des Antrages Adolf Hoffmann (U. S.) auf Gewährung von Zuschüssen und Ueberteuerungsgeldern an die Gemeinden und gemeinnützigen Baugesellschaften, damit begonnene notwendige Bauten zu Ende geführt werden können.

Abg. **Haase** (Soz.): Es wird eine dankenswerte Aufgabe des Wohlfahrts-Ministeriums sein, wenn es dem Wohnungselend im Sinne des Antrages zu steuern sucht.

Im Laufe der Debatte teilt ein Regierungsvertreter mit, daß zur Fertigstellung begonnener Bauten bereits 120 Millionen Mark zur Verfügung gestellt seien. Ein weiterer erheblicher Betrag werde in den nächsten Tagen nachfolgen.

Nachdem Abg. **Dr. Krüger** (Dem.) vor dem Experiment einer Sozialisierung des Baugewerbes gewarnt hat, wird der Antrag ohne wesentliche weitere Debatte dem Hauptausschuß überwiesen.

Morgen, Donnerstag, 1 Uhr Anträge und Anfragen.

Schluß gegen 6 Uhr.

Oberbürgermeisterwahl in Berlin

Oberbürgermeister Wermuth wiedergewählt.

w Berlin, 22. September.

In der heutigen Berliner Stadtverordnetenversammlung wurden bei der Wahl des Oberbürgermeisters 107 Stimmen für den bisherigen Oberbürgermeister Wermuth, 50 Stimmen für den früheren Oberbürgermeister von Straßburg Dr. Schwander abgegeben. Die Deutschnationalen waren während der Wahl nicht anwesend.

Ein wirtschaftspolitischer Kabinettsrat

Vor einiger Zeit ist im Reichskabinett die Frage erwogen worden, einen Kabinettsausschuß als engeres Kabinett zu bilden. Inzwischen ist aber, nach der „Voss. Ztg.", der damals erörterte Grundgedanke doch teilweise realisiert worden. Da es notwendig scheint, eine dauernde Fühlung zwischen den Ministerien herzustellen, die an der Wirtschaftspolitik interessiert sind, so hat sich ein wirtschaftspolitischer Kabinettsrat gebildet, dem der Wirtschaftsminister, der Finanzminister, der Schatzminister, der Arbeitsminister, der Verkehrsminister und der Ernährungsminister angehören. Dieses Wirtschaftskabinett hat unter Vorsitz des Reichswirtschaftsministers bereits seine erste Sitzung abgehalten.

Das Urteil im Fahnen-Diebstahl

w. Berlin, 22. September.

Vor der Strafkammer des Landgerichts I wurde, wie schon kurz berichtet, gegen den 21jährigen Rohrleger Paul Krzeminski verhandelt, der am 14. Juli die französische Fahne vom Dache der französischen Botschaft am Pariser Platz entfernte. Der Angeklagte sagte aus, er hätte sich über das außerordentlich herausfordernde Benehmen der französischen Offiziere und Zivilisten erregt, die mit ihren Damen vom Balkon der Botschaft aus der auf dem Platz angesammelten Menge höhnische Bemerkungen zuriefen. In der Menge sei eine sehr erregte Stimmung entstanden. Er bestreitet, daß er für die Tat Geld erhalten habe aber angestiftet worden sei. Mehrere Zeugen sagten ähnlich aus. Der Staatsanwalt beantragte neun Monate Gefängnis. Der Angeklagte wurde zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte hat, wie die Urteilsbegründung ausführt, nicht aus eigennützigen Motiven gehandelt, auch nicht, um das Deutsche Reich in politische Verlegenheiten zu bringen, sondern in höchster Erregung. Das Publikum sei durch das Verhalten der Franzosen sehr gereizt worden.

Aufhebung der öffentlichen Fleischbewirtschaftung

Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Uebergangszeit.

Von zuständiger Stelle wird den „P. P. N." geschrieben:

Durch die Verordnung der Reichsregierung über Aufhebung kriegswirtschaftlicher Vorschriften auf dem Gebiete der öffentlichen Fleischversorgung vom 19. September 1920 werden alle die Schlachtviehaufbringung im Inland und die Rationierung des Fleisches betr. Verordnungen mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 ab außer Kraft gesetzt. Damit tritt mit dem genannten Tage wieder die freie Wirtschaft mit Schlachtvieh und Fleisch im Inland ein:

In Kraft bleiben die Bekanntmachungen über das Füttern der Tiere auf Schlachtviehmärkten und Schlachtviehhöfen, über das Schlachtverbot für trächtige Kühe und Sauen, die abgeänderte Bekanntmachung über die Beschränkung der Herstellung von Fleischkonserven und Wurstwaren, durch die gewerbsmäßige Herstellung von Büchsenfleisch und nunmehr auch von Dauerwurst untersagt ist (Abschnitt 1 der Bekanntmachung über Fleischversorgung, der die Reichsfleischstelle betrifft), und die Bekanntmachung über das Schlachten von Tieren.

Die Einfuhr von Vieh und Fleisch soll in Zukunft durch die Fachgruppen des Handels und Gewerbes unter Aufsicht des Reiches erfolgen. Um den Schwierigkeiten, die sich noch Einführung der freien Fleischwirtschaft in den Bedarfsgebieten ergeben können, zu begegnen, wird eine Auslandsfleischreserve bereitgehalten, über die die Reichsfleischstelle verfügt.

Weiter sind durch eine Verordnung der Reichsregierung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Uebergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft, vom gleichen Tage besonders Vorschriften für den Viehhandel und den Fleischverkehr mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 erlassen worden, und zwar sind eingeführt für den Viehhandel die Genehmigungspflicht, der Schlußscheinzwang und das Gebot des Handels nach Lebendgewicht, für die Abhaltung von Viehmärkten die Genehmigungspflicht und die Anordnung ihrer Ueberwachung, für den Kleinhandel mit Fleisch die Genehmigungspflicht, die Ueberwachung der Kleinhandelsfleischpreise und der Aushang der Kleinhandelsfleischpreise in den Verkaufsräumen und an den Betriebsständen. Durch diese Maßnahmen sollen der Zudrang unerwünschter Personen zum Vieh- und Fleischhandel, Preistreibereien und andere Mißstände im Vieh- und Fleischhandel, die sich bei Freigabe des Fleischhandels einzustellen drohen, bekämpft werden. Personen, die nach den bisher geltenden Vorschriften zum Viehhandel oder zum gewerbsmäßigen Verkauf von Frischfleisch zugelassen waren, dürfen ihren Gewerbebetrieb auch ohne die jetzt vorgeschriebene Erlaubnis bis zum 1. Januar 1921 weiter ausüben.

Die neue Machtprobe

Der Reichsverkehrsminister hat bekanntlich in einem Aufruf sich an die Eisenbahner gewandt und eindringlich vor der Störung der Kartoffeltransporte gewarnt. Er hat dabei zu verstehen gegeben, daß, falls das Anhalten der Transporte oder gar Beschlagnahmen nicht aufhören, die Eisenbahndirektionen energische Schutzmaßnahmen ergreifen müßten.

Es hat den Anschein, als ob es wegen der behinderten Kartoffeltransporte zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Eisenbahnerorganisationen zu Unstimmigkeiten kommen würde. Am Montag war im Bezirk Magdeburg von den dortigen Eisenbahnerbeiräten und auch vor den Beamten der Beschluß gefaßt worden, sofort den gesamten Verkehr im ganzen Direktionsbezirk lahmzulegen, wenn der Verkehrsminister nicht sofort Garantien für die Belieferung der Bevölkerung und natürlich der Eisenbahner mit Kartoffeln schaffe. Seitens der Großorganisationen wurde im Flugzeug ein Beauftragter nach Magdeburg gesandt, dem es nach längeren Verhandlungen glücklich gelang, den Streik abzubiegen. In den Direktionsbezirken Frankfurt a. M., Stettin und auf einzelnen wichtigen Knotenpunkten haben die Arbeiter dem Reichsverkehrsminister Ultimata gestellt, in denen die Regelung der Kartoffelverteilung umgehend gefordert wird. Wie wir erfahren, beschäftigt sich die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner heute mit dieser Angelegenheit und wird dem Minister dann ihre Stellungnahme übermitteln.

Der Streit um die Kartoffelpreise scheint sich zu einer regelrechten Machtprobe zwischen Verkehrsminister und Eisenbahnern auszuwachsen. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, auf welcher Seite das Recht und auf welcher Seite die Willkür besteht. Das Verhalten der Eisenbahner ist, wie von dieser Stelle schon des öfteren dargelegt, absolut ungerechtfertigt und ungesetzlich.

w. Magdeburg, 22. September.

Der Oberpräsident stellte heute nach eingehenden Verhandlungen mit Vertretern der Behörden, Kommunalverbänden und der Beamten- und Arbeiterschaft an die Reichsregierung den Antrag, den Erzeugerhöchstpreis für Kartoffeln auf 20 Mark festzusetzen. Auch wird eine strenge und hohe Bestrafung für die Uebertretung des Höchstpreises gefordert.

*

Anläßlich einer Versammlung des Gothaer Bauernbundes kam es am Mittwoch zu Kundgebungen der Arbeiterschaft Gothas. Die Arbeiter legten um 10 Uhr vormittags ihre Arbeit nieder und zogen in Scharen nach dem Versammlungslokal der Bauern. Auch die Straßenbahnen lagen stundenlang still. Die Arbeiter forderten die restlose Versorgung Gothas mit Kartoffeln zu einem Preis von 15 Mark für den Zentner. Das erstere wurde von den Vertretern der Bauernschaft ohne weiteres zugesagt. Ueber die Preisgestaltung schweben zur Zeit noch Verhandlungen.

Anna Nissens Traum

20] Roman von Margarete Böhme.

(Nachdruck verboten.)

Ich habe von Kindheit an einen Hunger nach Liebe und Zärtlichkeit in mir gehabt. Wenn ich sah, wie die Arbeiterfrauen ihre kleinen Mädchen auf den Arm nahmen und mit ihnen kosten und sie herzten, wurde mir das Herz so schwer vor Sehnsucht und Verlangen, und ich lief wie ein Hündchen hinter der Mutter her und bettelte um ein bißchen Süßigkeit ihrer Liebe. Ich hätte mich so gern von ihr küssen und auf den Schoß nehmen lassen. Aber sie tat es nie . . . nie . . . und ich merkte bald, daß sie gar nichts für mich übrig hatte. Ich begann erst für sie zu existieren, als sie anfing, allerhand Kombinationen und Illusionen zu spinnen, zu deren Verwirklichung meine Person ein nicht zu umgehendes Uebel war . . ." Annelinens Augen füllten sich mit Tränen; ein harter Zug trat um ihre Mundwinkel und gab dem rosigen Gesicht einen seltsam veränderten Ausdruck.

„Was ein Kind unter Lieblosigkeit und Teilnahmlosigkeit der Eltern leiden kann, das habe ich erfahren! Lieber Gott! Meine kleine Seele war vollgesogen von Neid und Bitterkeit wie ein Schwamm voll Wasser. Der schwerste Tag im ganzen Jahre war mir der Weihnachtsabend. Wenn die ärmsten Leute ihren Weihnachtsbaum hatten und sich freuten, und bei uns war alles so kahl und tot . . . wir haben nie einen Baum gehabt, Vater ist nicht dafür und Mutter erst recht nicht. Mutter kaufte acht oder vierzehn Tage vorher ein paar Geschenke, die wir gleich kriegten und damit ab — und der Weihnachtsabend war ein Abend wie alle anderen bei uns im Hause. Wie hab' ich da so oft mein Kopfkissen naß geweint und die Kinder der armen Leute, vor allem aber euch im Sophienkoog mit eurer deckenhohen Tanne und eurem Weihnachtsjubel beneidet! Später hab' ich mich oft gefragt, warum ich denn so anders bin, als die Eltern und Jakob. Warum bin ich nicht eine richtige Nissen, die ihre größte Freude am Geldzusammenscharren findet und die über die Interessen des Besitzes nicht hinauskommt? Dann würde ich mich wohl in meiner Haut fühlen, so nicht; so blieb ich immer fremd in meinem Elternhaus. Aber bei alledem war immer ein zuversichtliches Hoffen in mir: einmal kommt doch eine Weihnachtsfreude, ein geheimnisvolles Glück, es wird mal anders . . . Siehst du . . . da kommst du . . . Seit der Silberhochzeit hab' ich Tag und Nacht von dir getrümmt . . . und nun weiß ich, daß du es bist, der mir das Glück bringt . . . Und nun habe ich endlich auch einmal ein Weihnachten . . ."

„Liebe, liebe Anneline!! Weihnachten als das Fest der Liebe . . . ja, ich will dafür sorgen, daß dein ganzes Leben an meiner Seite ein Weihnachten ist . . ."

„Und ich will alles mit dir tragen, was da kommt, Gutes und Böses. Ich will mit dir hungern, wenn es sein muß, und mitarbeiten . . ."

„Nun, zu hungern wirst du gerade nicht brauchen, Liebes", Helmut lächelte, „das wäre doch arg, wenn mein Pinsel nicht so viel einbrächte, um zwei Menschen satt zu machen. Freilich — wenn mir jemand vor zwei Monaten gesagt hätte: du sollst dich verloben und heiraten, dem hätte ich ins Gesicht gelacht — ein bißchen leichtsinnig ist's ja wohl von mir, ein zweites, geliebtes Leben an meine unsichere Künstlerexistenz zu fesseln, aber wir wollen's versuchen; es wird schon gehen . . . ganz sicher wird es gehen . ."

Zwischen den grauen Wasserweiden war es stockfinster, als das junge Paar aufbrach. Dicht vor Nissens Hof nahmen sie Abschied, und just als das Phaethon mit Frau Nissen vor dem Hofgebäude hielt, schlüpfte Anneline durch die Hintertür ins Haus und in ihre Kammer.

5.

Anna Nissen rührte beinahe der Schlag vor Wut und Bestürzung über die Frechheit des Malers, der so keck und kühn, als sei das weiter keine Sache von Belang, am nächsten Tag um die Hand ihrer Tochter warb. Nur aus Rücksicht auf Thord Thordsen, Suse und ihre mit diesen beiden eng verknüpften Pläne zwang sie sich eine gewisse Höflichkeit bei der Ueberreichung des aus unzweideutig massivem Material geflochtenen Korbes auf. Herr Andersen möge sich die Idee aus dem Kopfe schlagen, sie lasse ihr Kind nicht nach auswärts heiraten, außerdem sei Anneline schon so gut wie versprochen . . . „Nicht wahr, Samel?" — Samuel nickte.

Helmut war von vorherein über den Ausgang seiner Werbung kaum in Zweifel gewesen, trotzdem hatte er ein seltsam niedergedrücktes, schweres Gefühl in sich, als er Nissens Hof verließ. Sein Stiefvater hatte ihm direkt abgeraten, sich einer womöglich beleidigenden Abweisung seitens der hochmütigen, ungebildeten Frau, die in solchen Angelegenheiten stets für ihren Mann das Wort führte, auszusetzen. Trotzdem hatte er sich nicht abhalten lassen. Nun aber bereute er, der gutgemeinten Warnung kein Gehör geschenkt zu haben. Und was sollte nun werden? Seine Neigung zu Anneline war echt und tief, und seitdem das impulsive, temperamentvolle Naturell des Mädchens die dünne Glasur äußerer Zurückhaltung und herber Verschlossenheit sprengte und sich ihm in ihrer warmherzigen Ursprünglichkeit zu erkennen gab, wußte er, daß auch Anneline sich nicht so leicht ihr Glück entreißen lassen würde, zumal, wie sie selber zugab, kein innerer Zusammenhang zwischen der Mutter und ihr bestand. Aber Anneline war erst neunzehn Jahre alt und brauchte noch die Einwilligung der Eltern zu ihrer Heirat, und zwei Jahre warten, sind eine lange Zeit.

In den folgenden Tagen sah und hörte man nichts von Anneline. Vergebens wartete er allabendlich stundenlang an der bewußten, einsamen Stelle am Deich, sie kam nicht, gab auch sonst kein Lebenszeichen von sich. Auch Suse, die zur Beruhigung ihres Bruders in der nächsten Zeit wiederholt bei Nissens vorsprach, kehrte jedesmal unverrichteter Sache zurück, auch sie hatte Anneline nicht zu Gesicht bekommen. Auf ihre Fragen nach Anneline hatte Frau Nissen ausweichende Antworten gegeben, einmal war Anneline zur Stadt, ein andermal nach Stapelholm zu Verwandten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009231-14/fragment/page=0002

Altpensionäre und ihre Hinterbliebenen

Die Vorlage zur Aufbesserung der Bezüge der Beamten und Offiziere, die vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand getreten sind, ist dem Reichsrat zugegangen. Eine rechtliche Verpflichtung zu völliger Gleichstellung der Altpensionäre mit den Neupensionären wird zwar nicht anerkannt, aus Billigkeitsgründen soll jenen aber eine erweiterte finanzielle Sorge gewährt werden. Das soll geschehen durch Gewährung eines Pensionszuschusses von 50 Prozent des Unterschiedes, der sich ergibt aus dem Vergleich der gesetzlich zustehenden Pension mit den Bezügen, die den betreffenden Beamten und Offizieren zustehen würden, wenn bei ihrem Ausscheiden die neuen Besoldungsgesetze auf sie Anwendung gefunden hätten. Der vorgesehene Zuschuß soll von der reinen Pension und nicht von den sonstigen Bezügen, wie Kriegszulage usw., berechnet werden. Einen Zuschuß in derselben Höhe und in gleicher Weise berechnet erhalten auch Witwen und Waisen. Die erhöhten Bezüge sollen allen Versorgungsberechtigten ohne Nachweis eines Bedürfnisses gewährt werden. Eine Anrechnung von Nebeneinnahmen wird auch fernerhin erfolgen können.

Der Gesetzentwurf sieht für Neu- und Altpensionäre, für Hinterbliebenenempfänger und Waisen Kinderzuschläge in dem Umfange vor, wie dies durch das Besoldungsgesetz für aktiven Beamten und Offizieren geschehen ist. Ferner werden sowohl die Neu- wie die Altpensionäre Teuerungszulagen in Höhe von 50 Prozent des Betrages erhalten, den ein Beamte oder Offizier nach Maßgabe des Besoldungsgesetzes bei seiner Pensionierung zu beanspruchen berechtigt ist. Die Hinterbliebenen erhalten die gleichen Teuerungszulagen, die ihre Vorfahren als Pensionäre erhalten haben oder erhalten hätten. Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse kann auch über die Hälfte, bis zur vollen Höhe des Betrages, hinausgegangen werden. Beamtinnen, die sich nach der Pensionierung verheiratet haben, sind von der Bewilligung der Teuerungszulagen ausgeschlossen, es sei denn, daß sie verwitwet, geschieden oder verlassen sind. Haben sie einen Beamten geheiratet, der inzwischen gestorben ist, und erhalten sie als dessen Witwe oder Hinterbliebenenbezüge, so gelten sie als Beamtenwitwen und werden dementsprechend abgefunden. Pensionäre, die aus Anlaß des Krieges 1914-18 im aktiven Heere oder als Beamte im Reichsdienste verwendet worden sind, erhalten nach Beendigung der Verwendung eine nach Maßgabe ihrer nunmehr verlängerten Dienstzeit berechnete Pension. Hiernach gelten die neuen Pensionsvorschriften für die Wiederverwendung sowohl der Beamten, sofern es sich um eigentliche Reichsdienstzeit (im Sinne des § 45 des Reichsbeamtengesetzes) handelt, als auch für Offiziere. Hat die Verwendung ununterbrochen mindestens 60 Tage gedauert, so gilt die Dienstzeit auch dann um ein Jahr erhöht, wenn durch die Verwendung ein weiteres Dienstjahr nicht vollendet ist.

Die Bezüge sind mit Wirkung für die Zeit vom 1. April 1920 an neu festzusetzen. Ueber den Betrag von 4/5 des der Pensionierung zugrunde gelegten Diensteinkommens findet eine Steigerung nicht statt. Waren die Pensionäre früher nicht Reichsbeamte, so erhalten sie eine Erhöhung ihrer Pension in Höhe des Betrages, um den ihre bisherige Pension hinter der nach der ihrer Gesamtdienstzeit berechneten Pension zurückbleibt. Maßgebend sind die Vorschriften des Reichsbeamtengesetzes. Der neu eintretende Dienstzeit wird die Hälfte hinzugerechnet, soweit sie Dienstzeit mit mindestens 6 Monaten in der Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1918 abgeleistet ist und soweit nicht in ein Kalenderjahr fällt, in dem der Pensionär als Kriegsteilnehmer den Anspruch auf Anrechnung eines Kriegsjahres erworben hat oder nach den geltenden Vorschriften doppelt anzurechnen ist.

Das Pensionserhöhungsgesetz soll mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft treten. Die Ausführungsbestimmungen hat der Reichsfinanzminister zu erlassen. Bei dieser Gelegenheit werden Unklarheiten, die im Gesetzentwurf reichlich vorhanden sind, zu beseitigen sein, soweit das nicht bei der Beratung im Reichsrat und Reichstag geschieht.

Der Reichshaushalt für 1920/21

Am nächsten Montag beginnen im Reichshaushaltsetat die Beratungen über den Reichshaushalt für 1920, die etwa vierzehn Tage dauern werden. Bis Ende November d. J. sind die Ausgaben bereits, wie man weiß, durch den sogenannten Notetat geregelt. Nach Erledigung des Reichshaushalts für 1920 wird sich der Reichsrat mit dem Reichshaushalt für 1921 zu beschäftigen haben, den man, wenn es irgend geht, bis zum 1. April 1921 parlamentarisch erledigen will. Der Reichshaushalt für 1921 gewährt ein erschreckendes Bild. Für 1919 beliefen sich die Ausgaben auf 17 Milliarden, für 1920 werden sie die Höhe von 30 Milliarden erreichen. Für einen großen Teil dieser Ausgaben ist Deckung nicht vorhanden. Der Ausgleich zwischen den Ausgaben und Einnahmen dieses Haushaltsplanes wird einfach dadurch erzielt, daß verschiedene Einnahmen willkürlich, unbekümmert darum, ob auf sie zu rechnen ist oder nicht, höher angesetzt worden sind. Sachkundige Männer haben an diesem Verfahren bereits schärfste Kritik geübt.

Der Naturforscher- und Aerztetag

An zweitausend deutsche Naturforscher und Aerzte hatten sich im Konzerthaus von Bad Nauheim nach langjähriger Kriegspause zum erstenmal wieder vereinigt. Geheimrat Professor Dr. Groedel-Nauheim begrüßte als erster Geschäftsführer die Versammlung, sowie die zahlreichen Deutschen, die aus dem Auslande gekommen waren. Als Behördenvertreter hießen der Präsident des Hessischen Bildungsamtes Dr. Strecker-Darmstadt und Ministerialrat Balser-Darmstadt als Vertreter des Hessischen Finanzministeriums, Bürgermeister Dr. Kayser-Nauheim für die Stadt und Professor Dr. Kalbfleisch-Gießen für die Hochschulen die Versammlung willkommen. Der erste Vorsitzende Geheimrat Friedrich von Müller-München hielt dann seine Eröffnungsansprache, in der er zunächst der großen Verluste gedachte, die die Gesellschaft durch den Tod erlitten. Er schloß mit dem Wunsche, die Tagung möge von der Lebenskraft deutscher Wissenschaft ein weithin leuchtendes Zeugnis ablegen. Den ersten Vortrag hielt Professor Dr. Karl Bosch-Ludwigshafen über „Stickstoff in Wirtschaft und Technik". Als zweiter Redner sprach Professor Dr. Paul Ehrenberg-Göttingen über „Stickstoffbedarf der Kulturpflanzen und seine Deckung". Professor Max Rubner-Berlin sprach über „Die physiologische Bedeutung des Stickstoffs in der Ernährung der Tiere und Menschen".

In der zweiten allgemeinen Sitzung sprach Professor M. von Gruber über „Die Ernährungslage des deutschen Volkes". Der sogenannte Frieden von Versailles hat dem deutschen Volke seine bisherigen Lebensbedingungen als Industrie- und Handelsvolk geraubt. Für seine Erhaltung und Erstarkung als ein Ganzes ist seine Ernährung aus dem Inland unerläßliche Bedingung. Heute sind wir von diesem Ziel erschreckend weit entfernt. Gruber weist aber ausführlich nach, daß die Ernährung aus dem Inlande gut möglich ist, wenn die Verbraucher jede Vergeudung vermeiden, nur bescheidene Nahrungsmengen verzehren und namentlich ihr Begehren nach Fleisch wesentlich einschränken. Nur wenn uns die Haustiere nicht zu viel wegfressen, bleibt für uns selbst genug übrig. Dieser Sachverhalt muß auch das Handeln der Landwirtschaft bestimmen. Dabei muß von jeder Störung geschützt werden. Namentlich müssen vorläufig die großen Güter erhalten bleiben, da sie die besten Lebensmittellieferanten der Städte sind. Die dringendst notwendige Förderung der Landwirtschaft ist ihre Versorgung mit genügenden Mengen billigen Düngers. Die stürmisch verlangte Vermehrung der Bierergeugung wäre nur dann allenfalls statthaft, wenn man alkoholarmes Bier brauen würde. Die Verbesserung des Brotes durch Herabsetzung der Ausmahlung wäre höchst wünschenswert. Wenn die Selbstversorger weniger Getreide aus Vieh verfüttern würden, wäre die Herabsetzung der Ausmahlung ohne Steigerung der Einfuhr von Getreide möglich.

Halle und Umgebung

Halle, 23. September.

Tagung des Hauptausschusses vom Kreiswohlfahrtsamt

Im Sitzungssaal des Ständehauses tagte gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Landrats Thiele der Hauptausschuß des Kreiswohlfahrtsamtes. Der Landrat begrüßte die Erschienenen mit einer kurzen Ansprache und wies auf die schwere Notlage der Bevölkerung hin. Die Aufgabe des Kreiswohlfahrtsamtes soll es sein, den Gesundheitszustand der Bevölkerung zu bessern und dadurch am Wiederaufbau des Vaterlandes mit zu arbeiten. Zu diesem Zweck sind dem Wohlfahrtsamt 100 000 Mark vom Kreisausschuß zur Verfügung gestellt, dazu kommen noch 60 bis 80 000 Mark aus anderen Hilfsquellen.

Direktor Patzy gab darauf einen allgemeinen Ueberblick über das Arbeitsgebiet des Wohlfahrtsamtes. Auch er hob noch einmal hervor, daß unbedingt etwas geschehen müsse, um die Not der Bevölkerung zu lindern und den Gesundheitszustand zu heben, soweit es bei der jetzigen Finanzlage möglich sei.

Die erste Abteilung des Wohlfahrtsamtes umfaßt die Gesundheitspflege und untersteht den einzelnen Kommunen, die zweite Abteilung ist die wirtschaftliche Abteilung und untersteht dem Kreisausschuß-Sekretär, und die dritte Abteilung endlich umfaßt das Gebiet der Jugendfürsorge und Volksbildung. Es soll angestrebt werden, daß jeder größere Ort später sein eigenes Wohlfahrtsamt erhält.

Dann wurde Kreiskommunalarzt Dr. Bohn das Wort erteilt, der über die schulärztliche Tätigkeit sprach. Er betonte, daß dabei unbedingt die Mitarbeit der Lehrer erforderlich sei. Eine Heilbehandlung durch die Schulärzte findet nicht statt, sondern es handle sich zunächst in erster Linie darum, etwa kranke Kinder herauszufinden. Ueber die Säuglingspflege und über die Bekämpfung der Tuberkulose äußerte sich Kreisarzt Dr. Hillenberg. Zwölf Aerzte des Kreises sind bereits mit dieser wichtigen Aufgabe betraut. Außerdem sind gut ausgebildete Hebammen und Pflegerinnen vorhanden, von denen jede für ein bestimmtes Amtsgebiet zu sorgen hat. Im Winter werden für Mütter besondere Kurse abgehalten, um sie in der Behandlung der Säuglinge zu unterrichten. Die Säuglingssterblichkeit ist im Kreise im Vergleich zum Vorjahre bedeutend zurückgegangen und zwar durchschnittlich von 23 auf 12 Todesfälle. Bei der Bekämpfung der Tuberkulose muß man sich zunächst leider etwas beschränken. Die Anstalten sind überfüllt und neue können zur Zeit nicht gebaut werden. Deshalb rücken häusliche Pflege der Kranken und Vorbeugungsmaßregeln für die, welche krank zu werden drohen in den Vordergrund. Auch eine Kur für Tuberkulose ist in letzter Zeit häufig mit Erfolg angewendet worden.

An die Vorträge schloß sich eine längere Aussprache. Dann wurden noch einige Eingänge erledigt, u. a. dem Verein für „Jugendhilfe" 2500 Mark Unterstützung gewährt. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

— **Zur Verhütung von Pilzvergiftungen.** Mit Beginn der Pilzzeit wird vor dem Genusse solcher Pilze gewarnt, die nicht mit aller Bestimmtheit als eßbar bekannt sind. Die Händler haben bei Vermeidung strafrechtlicher Folgen die Pflicht, alle Pilze vor dem Feilhalten auf ihre Art und Beschaffenheit eingehend zu untersuchen, denn nicht nur der Genuß giftiger, sondern auch zu alter, bereits in Zersetzung übergegangener, an sich eßbarer Schwämme kann erhebliche Gesundheitsstörungen hervorrufen. Es ist daher in allen Zweifelsfällen geboten, vor dem Genuß der Pilze das Gutachten eines Sachverständigen einzuholen. Da die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen an ihrem Bakteriologischen Institut, hier, Freimfelderstraße 68, eine Pilzbestimmungsstelle eingerichtet hat, die an den Wochentagen in der Zeit von 11—2 Uhr kostenfreie Auskunft erteilt, ist sowohl den Pilzhändlern wie dem pilzsammelnden Publikum Gelegenheit geboten, sich in allen einschlägigen Fragen Rat zu holen. Die Pilzbestimmungsstelle weist zur Förderung der Pilzkunde auch empfehlenswerte Pilzmerkblätter und gute Pilzbücher nach. Das Feilhalten von Mischpilzen, das heißt von Pilzen verschiedener Art untereinander vermischt, wird hiermit untersagt.

— **Rote-Kreuz-Medaille.** Fräulein Olga Voigt, Halle, hat die Rote-Kreuz-Medaille 3. Klasse für Verwundeten-Fürsorge erhalten.

— **Erstes Stiftungsfest des Verbandes der Vereine zu Halle a. S. und Umgebung, E. V.** Der erste Vorsitzende des Verbandes konnte am vergangenen Sonnabend in den festlich geschmückten Räumen der Saalschloßbrauerei eine zahlreich erschienene Menge begrüßen. Das Konzert, ausgeführt vom Görlachorchester, unter persönlicher Leitung seines Dirigenten, Herrn Kapellmeisters Görlach, entsprach voll und ganz den Erwartungen. Ganz besonders gefiel die gediegene Auswahl der Kongeristücke. Das verpflichtete Hallische Soloquartett verlieh dem Ganzen ein würdiges Gepräge. Die gesanglich sehr guten Darbietungen fanden ungeteilten Anklang, so daß es sich zu Zugaben bekennen mußte. Stürmischen Beifall erntete der Vortrag des Herrn Festredners, der seine Ausführungen mit den Worten schloß: Mit Stolz kann der Verband auf die Errungenschaften seines ersten Verbandsjahres zurückblicken. Infolge vorgerückter Zeit und alsbaldiger Polizeistunde kam die tanzlustige Jugend leider nicht mehr ganz auf ihre Rechnung.

Provinz Sachsen

n. **Göthen**, 22. Sept. (Diebereien und umfangreichen Hehlergeschäften) ist die hiesige Polizei auf die Spur gekommen und es gelang ihr, die Mitglieder der Diebesbande fast restlos aufzuheben. Es wurden bereits 12 Personen verhaftet. Sie hatten in hiesigen Fabriken, namentlich aber in den Deutschen Solvay-Werken in Osternienburg, große Mengen Quecksilber, Kupfer, Messing und anderes wertvolles Metall, auch Treibriemen usw. gestohlen und die Beute dann nach Leipzig, Magdeburg und Schönebeck verschoben. Es soll sich dabei um sehr große Werte handeln. Die Hehler sind ebenfalls bereits ermittelt. — Mitglieder dieser Diebesbande haben weiter einem hiesigen Einwohner seine wertvolle Zucht blauer Wiener-Kaninchen vernichtet. In einer der letzten Nächte drangen sie in das Grundstück ein und entwendeten insgesamt 14 weibliche Tiere, durchwegs erstklassiges Zuchtmaterial, darunter eine Anzahl trächtiger Häsinnen. Sämtliche Tiere wurden abgeschlachtet. Die Felle konnten noch bei den festgenommenen Verbrechern beschlagnahmt werden.

Tk. **Jena**, 22 Sept. (Tagung der Arbeitsgemeinschaft philosophischer Fakultäten.) Vom 15. September fand in Jena im Senatssaal der Universität eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft deutscher philosophischer Fakultäten statt. Unter anderem wurde in eingehender Aussprache über die Bildung von Fachverbänden und über die Verbesserung des Berufungsverfahrens beraten. Alle hierbei in Betracht kommenden Gesichtspunkte wurden sehr gründlich überlegt, und es herrschte unter den zahlreichen Festteilnehmern vollständige Einmütigkeit über die grundsätzliche Auffassung und Behandlung aller schwebenden Fragen. In der Frage der durch die Reichsverfassung festgesetzten Zulassung der Volksschullehrer zum Universitätsstudium kam erneut die Bereitwilligkeit zum Ausdruck, den Wünschen der Lehrer nach einer gründlichen wissenschaftlichen Ausbildung sowohl in den für ihren Beruf wichtigen allgemeinen Gebieten wie in den Spezialfächern Rechnung zu tragen; ebenso entschieden und einmütig aber wurde daran festgehalten, daß eine ausreichende Vorbereitung für das akademische Studium unerläßlich sei. Auch beschloß die Versammlung, eine möglichst einheitliche Gestaltung der Promotionsordnungen, insbesondere eine einheitliche Regelung der Zulassungsbedingungen zur Doktorprüfung aller philosophischen Fakultäten zu empfehlen. Sie hat die zurzeit vorsitzende Fakultät damit beauftragt, unter Zugrundelegung der Promotionsordnungen aller deutschen philosophischen Fakultäten und ihr etwa zugehenden Abänderungsvorschläge einen Einheitsentwurf auszuarbeiten. Dabei soll Einfachheit und Deutlichkeit angestrebt und die Zulassung von Ausnahmen eingeschränkt werden. Schließlich wurde noch die Frage des Drucks von Auszügen aus den Dissertationen eingehend erörtert. Hierfür wurden allgemeine Richtlinien aufgestellt.

sk. **Leipzig**, 21. Sept. (22 300 Mark Belohnung für die Ergreifung einer Fünfzehnjährigen.) Am 17. September früh 2 Uhr ist ein 15jähriges Mädchen, nur mit Hemd, Beinkleid und Unterrock bekleidet, aus der Wohnung ihrer Eltern in Leipzig-Gutritzsch unter Mitnahme eines hohen Geldbetrages und von Schmucksachen geflüchtet. Zu dieser Zeit hat in der Fabrikstraße in Leipzig-Gutritzsch ein Kraftwagen gehalten, der dann nach der inneren Stadt zu davongefahren ist. Es wird angenommen, daß der Geliebte des Mädchens, der 19jährige Arbeiter Josef Nowara aus Hindenburg, seine Geliebte in dem Kraftwagen abgeholt hat. Die Eltern des Mädchens haben eine Belohnung in Höhe von 22 300 Mark auf die Ergreifung der Flüchtigen und die Wiedererlangung der gestohlenen Gelder und Schmucksachen ausgesetzt.

sk. **Leipzig**, 21. Sept. (Skandinavische Reise des Thomanerchores.) Der Leipziger Thomanerchor tritt unter Leitung von Professor Straube eine dreiwöchige Reise nach Skandinavien an, in deren Verlauf er Kopenhagen, Malmö, Göteborg, Kristiania und Bergen besuchen wird, um dort geistliche und weltliche Konzerte zu geben.

„H.Z." Sportberichte

Rennen zu Mülheim-Duisburg.

(Eigener Drahtbericht der „H.Z.")

1. Preis von Sterkrade. 1. Wichard, 2. Serenade, 2. Toni. Tot.: 17, 11, 12, 14. Ferner liefen: Leder II, Gorgo, Tarod, Schlagsahne. — **2. Selbecker Jagdrennen.** 1. Mailberg, 2. Mentor II, 3. Sarne. Tot.: 17, 12, 18. Ferner liefen: Wendula, Applaus, Kalkum, Matterhorn — **3. Preis von Landsberg.** 1. Lodsinele, 2. Charlotte II, 3. Chmapagne. Tot.: 92, 25, 20, 19. Ferner liefen: Kolombine, Hasbrubal, Rosengarten, Wildkatze, Landsknecht, Peterfiller, Felmy, Gülck. — **4. Hösel-Hürdenrennen.** 1. Csemerny, 2. Tradition, 3. Netter. Tot.: 58, 15, 14, 11 Ferner liefen: Mäßzlag, Afloat, Spartaner, Napoleon, Timok. — **5. Offiziers-Jagdrennen.** — **6. Mülheimer Ausgleich.** 1. Segestes, 2. Harlekin, 3. Kassierer. Tot.: 156, 89, 20. Ferner liefen: Turkan, Sigbert, Luise. — **7. Alsdadener Jagdrennen.** 1. Daphne, 2. Moene, 3. Kick-in-die-Welt. Tot.: 19, 10, 11, 11. Ferner liefen: Heinz, Cilli, Ines. — **8. Preis von Neudorf.** 1. Toisson, 2. Filandiva, 3. Lucretia. Tot.: 129, 89, 28, 25. Ferner liefen: Wasserturm, Schweizermühle, Raubschütz, Nikolo, Armin.

— **Die Ehrenpreise des Rennvereins für die Hallesche Herbstwoche** sind in den Schaufenstern der Firma G. Ulzmann, Hoflieferant, Gr. Ulrichstraße 49, ausgestellt.

— **Ueber eine Million an Rennpreisen hat jetzt der Stall** Weinberg durch die Erfolge von Graf Ferry und Grolle nicht in Leipzig heimgebracht. Die Gewinnsumme beläuft sich auf 1 026 435 M.

— **Rennen zu Hamburg-Großborstel** am Freitag, 24. September. Unsere Voraussagen: 1. R.: Heiderose — Komponist; 2. R.: Wächter — Vallsarda; 3. R.: Diplomatie — Marc Anton; 4. R.: Peterwardein — Filipow; 5. R.: Occulta — Luftfahrt; 6. R.: Tantalus — Onix; 7. R.: Artige — Deficit.

— **Motorradrennen mit Totalisatorbetrieb.** Der Deutsch-Oesterreichische Motorfahrer-Verband veranstaltet am 8. Oktober in Baden bei Wien Motorradrennen für alle in Oesterreich ansässigen Fahrer, wozu erstmalig die Einrichtung des Totalisators geplant ist. Im Interesse der Reinheit des Motorradsports wäre es jedoch zu empfehlen, von einer Einführung des Totalisators Abstand zu nehmen.

— **Rennen zu Karlshorst** am Donnerstag. Unsere Voraussagen: 1. R.: Schamze — Deinhardt; 2. R.: Marmolata — Hofenritter; 3. R.: Galant — Lancelot; 4. R.: Finnländer — Immelmann; 5. R.: Stall Heinz Stahl — Antilope; 6. R.: Flore — Waeregheem; 7. R.: Hagelschlag — Ostry.

— **Keine Wetten auf unzuverlässige Pferde.** Die Oberste Rennbehörde faßte in ihrer letzten Sitzung folgenden wichtigen Beschluß: „Die oberste Rennbehörde kann beschließen, daß auf unzuverlässige Pferde Wetten am Totalisator nicht angenommen werden. Die Namen dieser Pferde werden den Veranstaltern von Rennen durch Veröffentlichung im Wochen-Rennkalender bekanntgegeben. Die Oberste Rennbehörde kann den Beschluß wieder aufheben."

— **Dritte Naumburger Jugend-Ruderregatta.** Am 3. Oktober findet in Naumburg wieder eine Jugend-Ruderregatta statt. Die Rennstrecke liegt unterhalb der Schönburg. Zahlreiche Meldungen erstklassiger auswärtiger Vereine versprechen auch in diesem Jahre anziehende sportliche Wettkämpfe. Es werden im ganzen 6 Rennen gefahren, darunter 2 Damenrennen. Als Preise sind Ehrenurkunden, von Künstlerhand mit der Feder gezeichnet, ausgesetzt.

— **700 deutsche Jugendherbergen.** Nach sechsjähriger Pause hat der Hauptausschuß für deutsche Jugendherbergen in Hilgenbach ein neues Verzeichnis der Herbergen für die wandernde Jugend unter 20 Jahren herausgegeben. Darin sind rund 700 Herbergen genannt. Etwa 90 von ihnen entfallen auf das Ursprungsland nur von zehn Jahre alten Bewegung, das Sauerland, je 7 auf Sachsen und den Zweigausschuß Mittelelbe-Harz, während die Nordmark den Jugendwandergedanken mit 60 Herbergen unterstützt. Einzelne Gebiete haben erst in den letzten Jahren die Arbeit begonnen, doch in dieser kurzen Frist schon Bedeutendes geleistet; so weist der Zweigausschuß Unterweser-Ems 30, Schwaben 80, Baden 7, Pommern 25 (davon 6 auf Rügen), Südostpreußen (Masuren) schon 20 fertige oder vorbereitete Kleiben auf. Das Verzeichnis, das einschließlich Postgeld und Verpackung 4.30 M., bei Nachnahme 4.80 M. kostet, enthält neben ausführlichen Mitteilungen über die Herbergen wertvolle Angaben über die besten Führer und Karten. An jeder Schulwand sollte neben der Landkarte von Deutschland eine Uebersichtskarte der Jugendherbergen hängen, um die Jugend anzureizen, wandernd die Schönheiten deutschen Landes aufzusuchen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009231-14/fragment/page=0003

Volkswirtschaft.

Nachdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Mitteilungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Noch keine Freigabe der Kaffee-Einfuhr

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

w. Berlin, 22. September.

Wie wir aus dem Reichsernährungsministerium erfahren, ist der Kaffee-Einfuhrverein ermächtigt worden, die zur Einfuhr von Kaffee zugelassene Menge auf die doppelte Menge zu erhöhen. Außerdem ist eine beschränkte Menge zur sofortigen Einfuhr freigegeben worden. Die völlige Freigabe der Kaffee-Einfuhr glaubt das Reichsministerium nicht vertreten zu können, zumal die Einfuhr auf die wichtigsten Nahrungsmittel beschränkt bleiben muß.

Praktische Wirtschaftspolitik

Uns wird geschrieben:

Die Klagen der städtischen Bevölkerung über die ständig steigenden Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse werden immer stärker. Abhilfe kann nicht durch willkürliche Preisfestsetzungen, sondern nur durch eine Steigerung unserer heimischen Erzeugung erfolgen. Der Städter klagt vielfach über die hohen Preise und schimpft auf die Landwirtschaft, ohne sich die Produktionsbedingungen, unter denen die Landwirtschaft zu arbeiten genötigt ist, auch nur im geringsten klar zu machen. Parteipolitische Agitation macht es ihm oft auch unmöglich, den wahren Sachverhalt bei der landwirtschaftlichen Erzeugung zu erkennen. Die Regierung sollte sich daher mehr als bisher bemühen, aufklärend zu wirken. Der Städter hat das größte Interesse daran, daß die Lebensmittelerzeugung im Inlande so viel als möglich gesteigert wird und sollte daher selbst gegen eine sinnlose Verhetzung der Landwirtschaft, die die Produktionsfreudigkeit hemmen muß, protestieren. Es empfiehlt sich, Auslandsware ein für allemal als solche zu kennzeichnen, und zum anderen die Preise für alle noch in Zwangswirtschaft stehenden Waren in den Verkaufsstellen in einer Weise auszuhängen, daß sich daraus klar ersehen läßt, wie sich heimische und ausländische Erzeugnisse zueinander verhalten und welche Unkosten durch die öffentliche Bewirtschaftung bei den in Zwangswirtschaft stehenden Erzeugnissen entstehen. So wäre z. B. der Brotpreis in Zukunft wie folgt zu bezeichnen:

Brotpreis unter Zugrundelegung des heimischen Getreidepreises	— Mk.
Verwaltungskosten	— „
Abgabe an Reichsgetreidestelle zur Deckung ihrer Unkosten und zur Bezahlung des teuren Auslandsmehls	— „
Gesamtpreis	— Mk.

Jeder Laie könnte daraus die Preiszusammensetzung ersehen und erkennen, daß es im Interesse eines jeden Deutschen liegen muß, die heimische Erzeugung unter allen Umständen zu fördern und den Verbrauch von Auslandswaare nach Möglichkeit einzuschränken bis der Auslandsaufschlag allmählich verschwindet. Dies Verfahren würde auch dazu beitragen, die Mißstimmung zwischen Stadt und Land zu verringern. Jeder Laie könnte aber auch ferner daraus ersehen, daß es im Interesse eines jeden Deutschen liegen muß, die verteuernden Kriegsgesellschaften möglichst schnell verschwinden zu machen. Die Kriegsgesellschaften freilich haben begreiflicherweise das größte Interesse daran, bestehen zu bleiben und greifen zu den lächerlichsten Mitteln, ihre Existenznotwendigkeit zu beweisen. Bekanntlich sollte die Angestelltenzahl der Reichsgetreidestelle stark reduziert werden und so der Abbau dieser Kriegsgesellschaft vorbereitet werden. Die Angestellten der Reichsgetreidestelle protestierten in einer Petition gegen diese Maßnahme, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Brotgetreideversorgung Deutschlands schon dadurch in Frage gestellt würde. Kommentar überflüssig! L. G. A.

Aktiengesellschaften

Hammendorfer Papierfabrik A.-G. Radewell bei Halle. Für das Geschäftsjahr 1919/20 wird vom Aufsichtsrat eine Dividende von 60 Proz. (40 und 20 Proz. Bonus) vorgeschlagen.

Leipziger Spinnfabrik Barth u. Co. A.-G. Einschließlich Vortrag ergab sich laut Geschäftsbericht für 1920 ein Betriebsgewinn von 3 213 598 (i. V. 1 170 164) Mk. Nach Kürzung der Handlungsunkosten von 1 974 567 (765 794) Mk. und Abschreibungen von 91 243 (44 620) Mk. verbleibt ein Reingewinn von 1 147 788 (359 750) Mk. Hieraus soll eine Dividende von 20 Prozent (gegen 20, 20, 16, 12 Prozent in den Jahren 1918/19 bis 1915/16) und ein Bonus von 20 (i. V. 0, 1917/18: 10 Prozent in 5proz. Kriegsanleihe verteilt werden, wobei zu berücksichtigen ist, daß diesmal 1 Mill. Mk. neuer Aktien zur Hälfte an der Ausschüttung teilnehmen. Aus dem Bericht des Vorstandes sei hervorgehoben, daß seit anfang August die Geschäfte wieder lebhaft eingesetzt haben. Die Bilanz verzeichnet u. a. Vorräte mit 4 456 000 (i. V. 127 000) Mk., Schuldner mit 1 544 499 (825 394) Mk., Wertpapiere mit 78 075 (837 714) Mk. Im Vorjahre wurde außerdem ein Bankguthaben von 448 340 Mk. ausgewiesen, während die diesjährige Bilanz einen derartigen Posten nicht enthält. Hingegen erscheinen Bankschulden mit 740 648 (0) Mk. und Kreditoren mit 1 800 545 (490 863) Mk.

Sächsische Wollgarnfabrik A.-G., vorm. Tittel u. Krüger in Leipzig-Plagwitz. Das Bezugsrecht auf die neuen Aktien ist bis zum 6. Oktober auszuüben. Der Besitz einer alten Aktie über 1000 M. berechtigt zum Bezuge einer neuen Aktie über 1000 M zum Kurse von 130 Proz. Auf jede alte Aktie werden bekanntlich 500 M. vergütet.

Loeser u. Wolff in Berlin. Die bekannte Firma Loeser u. Wolff in Berlin und Elbing hat sich gemäß Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Berlin-Mitte als Gesellschaft mit beschränkter Haftung konstituiert. Gesellschafter sind die Inhaber der bisherigen offenen Handelsgesellschaft Loeser u. Wolff. Die Fortführung des Unternehmens soll in gleichem Sinne wie bisher erfolgen.

Gewerkschaft „Glückauf-Schwarzwald" in Köln a. Rh. Die Gewerkschaft hat den Betrieb des Meiebergwerkes in Badenweiler (Schwarzwald) zunächst in beschränktem Maße wieder aufgenommen. Gefördert wird Blei- und Silbererz.

Kapitalerhöhung bei der Deutschen Eisenhandel Akt.-Ges. Der Aufsichtsrat beschloß in seiner Sitzung, einer für Mitte November anzuberaumenden Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals von 36 Millionen Mark um 14 Millionen Mk. auf 50 Mill. Mk. vorzuschlagen. Die hierdurch neu geschaffenen Mittel dienen lediglich der Erweiterung des Konzerns durch Angliederung neuer Eisengroßhandelsfirmen.

Handel, Industrie, Handwerk

Sperrung der Elbefrachten. Infolge erneut eingetretenen ungünstigen Wasserstandes sind die Frachten ab Hamburg, die vorgestern ermäßigt worden waren, gestern wieder erhöht worden, und zwar nach der mittleren Elbe um 45 Pfg. und nach der oberen Elbe um 105 Pfg. pro 100 Kilogramm.

Verein Deutscher Kali-Interessenten. Die Mitglieder des Vereins der Deutschen Kali-Interessenten hatten sich am 15. und 16. d. M. in Bitterfeld zur diesjährigen Hauptversammlung zusammengefunden. Bergrat Zirkler, der Vorsitzende des Vereins der Deutschen Kali-Interessenten, eröffnete die Versammlung und gedachte zunächst des verstorbenen Bergrats Dr. Vogelsang, zu dessen Andenken sich die Anwesenden von den Sitzen erhoben. Nach Rechnungsprüfung erteilte die Versammlung dem Vorstand und der Geschäftsführung Entlastung. Der für das neue Geschäftsjahr vorgelegte Voranschlag wurde genehmigt. Aus dem Vorstand schieden satzungsgemäß 8 Mitglieder aus, die sämtlich wiedergewählt wurden. Neu in den Vorstand gewählt wurden die Herren Oberbergrat Greven und Generaldirektor Ebeling. Ferner faßte die Versammlung grundlegende Beschlüsse über die Einkaufsabteilung des Vereins. Nach Erledigung sonstiger Regularien sprach Geheimer Regierungsrat Brentzel über den Bericht der Sozialisierungskommission betreffend den Kohlenbergbau. Danach stellt Professor Dr. Blum von der Technischen Hochschule Hannover einen Vortrag über den Transport von Massengütern; die überaus anregenden und interessanten Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Kohlenmangel der Solinger Industrie. Eine Reichstagsanfrage weist darauf hin, daß seit dem Spa-Abkommen das Städtische und Bergische Elektrizitätswerk, welches die Solinger Industrie mit Strom versorgt, unter Kohlenmangel leidet. Die Kraftstromabgabe an die industriellen Werke ist stellenweise um 50 v. H. dadurch eingeschränkt. Die Gesenkschmiede- und Schlägereibetriebe im Bezirk Solingen werden seit dieser Zeit sehr mangelhaft mit Koks beliefert und sind daher nicht in der Lage, das erforderliche Rohmaterial herzustellen. Hierdurch sind sehr erhebliche Betriebseinschränkungen hervorgerufen worden; die Zahl der Arbeitslosen ist täglich im Steigen begriffen. Die Gemeinden sind nicht in der Lage, die Arbeitslosen mit Notstandsarbeiten vollauf zu beschäftigen. Die Not unter der arbeitenden Bevölkerung wird täglich größer und größer, so daß das Schlimmste zu befürchten steht.

Ursprungsbezeichnung für Einfuhrwaren in Amerika. Die amerikanische Handelskammer Berlin teilt mit, daß laut einer kürzlichen amerikanischen Pressemeldung in den amerikanischen Einfuhrvorschriften eine neue Bestimmung getroffen worden ist, betreffend die Markierung deutscher Ausfuhrwaren mit dem Ursprungslande. Bekanntlich müssen alle für Amerika bestimmten Waren mit wenigen Ausnahmen die Bezeichnung des Ursprungslandes, bei Deutschland also „Made in Germany" oder „Germany" tragen. An dieser Bestimmung wird an sich nichts geändert. Da es jedoch in vielen Fällen zweifelhaft ist, ob die Markierung, der Natur des Artikels entsprechend, tatsächlich gefordert wird, und dauernd Warensendungen in New-York eintreffen, bei denen die Behörden eine Markierung, entgegen der Annahme des deutschen Exporteurs, verlangen, so kann jetzt, im Gegensatz zu früher, der Importeur die Sendung gegen Hinterlegung einer Sicherheit in Empfang nehmen unter der Bedingung, daß die nachträgliche Stempelung oder Markierung seinerseits erfolgt. Die amerikanische Handelskammer fügt jedoch die ausdrückliche Betonung hinzu, daß die Bestimmungen über die Markierung an sich nicht im geringsten geändert werden, und daß auf die Befolgung derselben nach wie vor streng geachtet wird.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Berlin, 22. September. Die Börse war wegen der israelitischen Feiertage nur schwach besucht und das Geschäft dementsprechend ziemlich beschränkt. Die ausländischen Devisenkurse setzten ihren Rückgang fort, gleichwohl aber trug die Stimmung im allgemeinen den Charakter der Festigkeit. Valutapapiere stellten sich durchgängig etwas niedriger, nur Steaua Romana verloren 100 Prozent. Am Montanmarkt gestaltete sich die Kursbewegung nicht einheitlich, Besserungen bis zu 4 Prozent überwogen, Hoesch gewann sogar 7 Prozent, für Phönix zeigte sich lebhafte Kauflust bei einer Kurssteigerung bis zu 17 Prozent. Von Elektrizitäts-Aktien stiegen A. E. G., für Schuckert rege Kauflust. Einzelne Spezialpapiere zeichneten sich durch Lebhaftigkeit aus. Köln-Rottweil gewannen, desgleichen Westeregeln Alkali-Aktien, letztere um 70 Prozent, so daß sie zeitweise den Kursstand von 1000 Proz. erreichten. Am Bankenmarkt blieb es ziemlich still bei kaum verändertem Kursstand, nur Dresdner Bank gewannen 2½ Prozent. Am Markt der nur zu Einheitskursen gehandelten Industriewerte war die Kursbewegung unregelmäßig.

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsch Treuhand-Ges	790.—
4½% Deutsche Schatzscheine VI-IX	73.25	Deutsche Erdöl	—
5% Deutsche Reichsanl.	79.50	Deutsche Gasglühl.	4840
4 „ „	68.00	Deutsche Kali	418.50
3½ „ „	19.50	Deutsche Waff. u. Mun.	418.75
3 „ „	64.50	Donnersmarckhütte	470.—
4 Preuss. Konsols	68.50	Döring u. Lehrmann	174.75
3½ „ „	55.10	Dürkoppwerke	623.—
3 „ „	52.75	Elberfelder Farben	414.—
4 Charl. Stadtanl. 89/99	91.75	Engelhard Brauerei	244.75
4 Magdeb. Stadtanl. 91/06	—.—	Felten u. Guilleaume	453.—
4% n. Sächs. Landschaftliche Pfandbriefe	10.25	Gasmotoren Deutz	216.75
3½ Sächs. Neulandsch.-Pf.	89.25	Gebhardt u. Co.	505.—
3 „ „	76.—	Gebhardt u. König	235.—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	96.10	Gelsenkirch. Bergb.	342.—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe	97.50	Glanzstoff Zuckerfbr.	550.—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	104.—	Hallesche Masch.-Fabr.	400.—
4 „ „	91.50	Hann. Masch.	368.—
Ausländ. Werte		Harpener Berg	653.—
4 Oesterr. Kron.-Rente	—.—	Hirsch Kupfer	319.75
4 Ungar. Gold-Rente	57.50	Höchster Farbw.	570.50
4 Ungar. Kronen-Rente	27.50	Hoesch Eisen u. Stahl	550.—
Eisenbahn-Aktien:		Hohenlohe-Werke	220.50
Halberstadt-Blankenb.	75.—	Humboldt-Masch.	214.25
Halle-Sletzstedter	64.—	Ilse-Bergbau	260.—
Schantungbahn	620.50	Kahla-Porzellan	490.—
Allg. Lokal-Str.	97.—	Kaliw. Aschersleben	450.—
Gr. Berl. Str.	125.—	Körbisd. Zucker-Akt.	—.—
Magdeburger Str.-B.	142.—	Kyffhäserhütte	200.50
Lux. Prinz Heinrich-B.	—.—	Lahmeyer u. Co.	26.—
Schiffahrts-Akt.:		Lauchhammer	429.50
Hambg. Paketfahrt	186.—	Laurahütte	384.50
Hambg.-Südamerika	241.—	Lingel. Erfurt	269.—
Hansa-Dampfschiff	292.—	Linke u. Hofmann	430.—
Nordd. Lloyd	182.—	Ludwig Loewe u. Co.	345.75
Banken:		Lothringer Hütte	350.—
Bank für Thür.	159.25	Mannesmannröhren	493.—
Berl. Handelsges.	227.—	Maschinenfabr. Buckau	300.—
Comm u. Diskontobank	175.—	Oberschl. Eisen.-Bed.	268.25
Darmstädter Bank	154.—	do. Caro Heg.	277.50
Dess. Landesbank	110.—	do. Kokswerke	495.—
Deutsche Bank	219.—	Orenstein u. Koppel	311.—
Diskont-Comm.	189.—	Phönix-Bergb.	521.—
Dresdner Bank	158.50	Rhein. Metall-Vorz.	—.—
Credit-Anst. Leipzig	149.—	Rhein. Stahlwerke	486.—
Mitteld. Privat-Bank	170.—	Riebeck. Montan	352.50
Nationalbank	157.—	Rombacher Hütten	346.50
Oesterr. Kredit	92.—	Rositzer Brauerei	272.50
Reichsbank	157.50	Rositzer Zucker	280.—
Industrie-Aktien:		Sangerhäuser Masch.	544.—
Schultheiss-Brauerei	270.50	Hugo Schneider u. Co.	286.—
Akt. f. Anilin	409.75	Schuckert u. Co.	215.—
Allgem. Elektr.-Ges.	295.—	Siemens u. Halske	339.—
Ammendorfer Papierf.	720.—	Stettiner Chamotte	360.—
Anhalter Kohlenw.	295.—	Stettiner Vulkan	348.—
Annaburger Steingut	408.—	Stollberger Zink	325.—
Badische Anilin	488.—	Strals. Spielkarten	—.—
Bergmann-Elekt.-Akt.	242.—	Terra", Samen-A.-G.	365.—
Berl. Masch.-Bau	238.—	Thale-Eisenhütte	674.—
Lit-marckhütte	675.—	Triptis-Akt.-Ges.	270.75
Bochumer Gußstahl	660.—	Türkische Tabakregie	—.—
Chem. Fabrik Buckau	420.—	Ver. Köln-Rottweiler	332.50
Chem. Griesheim	339.—	Westeregeln-Alkali	444.50
Chem. v. Heyden	284.50	Wegelin u. Hübner	217.—
Consolidation Schalke	730.—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—.—
Crölltwitzer Papierfabr.	295.—	Wittener Gußstahl	260.—
Daimler-Motoren	225.25	Wrede-Mälzerei	198.75
Deutsch-Luxemburg	327.—	Zeitzer Masch.	140.—
		Zellstoff Waldhof	458.—
		Otavi-Minen	82.—

Tendenz: fest.

Devisen-Notierungen Berlin, 22. September:

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	1858.10	1861.90	New-York	59,81½	59,9
Brüss.-Antwerp.	412.05	412.95	Paris	389.60	390
Christiania	799.20	800.80	Schweiz	959.—	96
Kopenhagen	799.20	800.80	Spanien	850.10	86
Stockholm	1178.80	1181.20	Wien (altes)	24.72	8
Helsingfors	174.80	175.20	Oesterr. abgest.	26.22	2
Italien	249.75	250.24	Prag	80.90	2
London	204.25	204.75	Budapest	21.22	2

Produktenbericht. Berlin, 22. September. Wegen schwachen Besuchs infolge der israelitischen Feiertage war der Verkehr am Produktenmarkt still. Die Notierungen blieben meist nominell. Die Preise lassen Widerstandsfähigkeit gegen weitere Rückgänge erkennen. Zin Leinsaat und anderen Ölfrüchten zeigte sich mehr Kauflust. Wetter: regnerisch.

Berliner Produktenmarktpreise.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg ab Station.

	22. Sept.	21. Sept.
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	280—330	280—330
„ kleine	230—270	230—270
Futtererbsen	170—185	170—184
Linsen	460—510	460—520
Peluschken	160—172	160—172
Ackerbohnen	160—175	160—175
Wicken	130—150	130—150
Lupinen	60—65	60—65
Seradella, alte	80—90	80—90
„ neue	105—123	105—120
Vicia villosa	390—400	390—400
Raps	370—375	370—375
Rübsen	5—10	5—10
Leinsaat	370—390	370—390
Mohn	470—530	460—530
Dotter	—	—
Senfsaat	170—195	170—195
Hirse, inländische	130—180	130—180
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	77—80	77—80
Torfmelasse	65—67	65—67
Häckselmelasse	—	—
Haferschalen-Melasse	—	—
Wiesenheu, lose	25—27	25—27
Kleeheu	34—36	34—36
Stroh, drahtgepreßt	17—17½	17—18
„ gebündelt	14—14½	14—14½
Mais, loko ab Hamburg	—	183
„ per „	177—178	177—178
Kartoffeln, unsortiert	—	—
„ sortiert	28—29	28—29

Reis per 1 kg Brasil-Vollreis Sept. —,—, Okt. —,—.
Burmareis 14 tätig —,—, frei Kaiwaggon Hamburg —,—.

Vom Büchertisch

„Auch Einer".

Der bekannte Privatdozent für Literaturgeschichte und Forscher auf dem Gebiete Hallescher Geschichte und Heimatkunde, Dr. Siegmar Schultze-Galléra, hat im Verlage von Wilhelm Hendrich in Halle eine kleine Schrift „Auch Einer. Ein Dank an meine Freunde", erscheinen lassen. Sie gibt über das Schaffen des Gelehrten sowie seine Berufs- und Lebensauffassung einen Ueberblick. Auch im vorliegenden Falle wird der alte Schaden erneut aufgezeigt, daß selbständige Köpfe und ternhafte Persönlichkeiten sich im heutigen Hochschulbetriebe nur schwer durchzusetzen vermögen. Fachmännische Einseitigkeit verbürgt den Hochschullehrern im allgemeinen ein weit günstigeres Vorwärtskommen an der Universitas (I) litterarum", als das Beschreiten bisher ungewohnter Bahnen und geistige Vielseitigkeit. Kein Akademiker und keiner, dem an einer Verjüngung und Neuordnung des Hochschulwesens liegt, sollte an der Schrift Schultze-Galléras vorbeigehen; ihre Schreibweise und Gedankengänge offenbaren Klarheit und Mannhaftigkeit.

Dr. A. B.

— **August Friedrich Krause, Mutter.** Roman. Halbleinen geh. 14 Mk. Oswald Thomas Verlag, Leipzig. Der bekannte Dichter August Friedrich Krause, der sich mit seiner feinsinnigen, psychologisch vertieften Erzählungskunst weit über die Grenzen seiner Heimatprovinz Schlesien hinaus zahlreiche Freunde erworben hat, führt uns in seinem neuen Roman „Mutter" wieder in eines der großen schlesischen Bauernhöfe der linken Oderseite, deren Natur und Volkstum er so unübertrefflich zu schildern versteht. Der Dichter behandelt in dem vorliegenden Werk das Abtiinengproblem in einer so verständigen, von aller Einseitigkeit freien Weise, und doch mit soviel Eindringlichkeit, Tiefe und Kraft, daß schon darum der Roman verdient, ein Volksbuch im besten Sinne des Wortes, ein Volkserzieherbuch zu werden. Sein reiches dichterisches Gehalt macht ihn zweifellos bald zu einem Lieblingsbuch des deutschen Volkes machen.

Ein neuer großer Roman von Ernst Zahn wird unter dem Titel „Jonas Trutzmann" in dem mit Oktober d. J. beginnenden neuen Jahrgang der illustrierten Unterhaltungsschrift „Ueber Land und Meer" (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart) zur Veröffentlichung gelangen.

— **Madame de Fontenay.** Roman aus der französischen Revolution von Jan ten Brink. Aus dem Holländischen von Georg Gärtner. Leipzig, Hesse u. Becker Verlag. Gebunden 12 M. — Es ist dankenswert, daß die Verlagshandlung diesen fesselnden Roman des bedeutenden Holländers Jan ten Brink (1834—1901) in ihre Sammlung „Romane der Weltliteratur" aufgenommen hat. Das Buch, in dessen Mittelpunkt der Konventionspräsident Tallien und die schöne Spanierin Terezia stehen, enthält packende Szenen aus der französischen Revolution und muß als ganz vortrefflicher Unterhaltungsroman bezeichnet werden.

— **Schulze, Richard,** Pastor an der Friedenskirche zu Dresden-Löbtau. **Kommt, Kinder, wir wollen Andacht halten!** Ein Buch für Eltern und Kinder. C. Ed. Müllers Verlagsbuchhandlung (Paul Seifer), Halle (Saale) 1920. Geh. 2,70 M. — 18 kleine Andachten, die an das Leben und Erleben der Kinder anknüpfen und zunächst für den Gebrauch im häuslichen Kreise am Sonntag morgen bestimmt sind. Wenig Büchlein dieser Art gibt es, und gerade diese Art liegt ganz besonders dem Verfasser. In schöner, verständnisvoller Sprache erschließt er dem Kindergemüt die Schönheit der Natur und darin die Gottes-Allmacht. Führt einen Tag vom Morgen bis zum Abend aus dem Kinderleben vor und knüpft an Schule, Kirchgang, auch an häusliche Verrichtungen an.

— **„Romeo und Julie"**, eine ganz ausgezeichnete grotesk-komische Novelle des bekannten Dichters Karl Emil Franzos, ist jeden als Nr. 1837 von Hesses Volksbücherei (Leipzig, Hesse & Becker Verlag) erschienen.

Zu beziehen durch die
Goethe-Buchhandlung von Franz Joest Verlag
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 63. Fernruf 4520.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten i. V.: Ernst Messerschmidt; für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport: Hans Seiling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil i. V.: Hans Seiling. Für Anzeigen: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Kiteis, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009231-14/fragment/page=0004